

Antrag 123/II/2025**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Verwaltungsreform weiterdenken — Verwaltung stärken, Klimawende sozial gestalten**

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses dazu auf, folgende Maßnahmen umzusetzen, um die Berliner Senats- und Bezirksverwaltungen sowie die landeseigenen Unternehmen zu befähigen, die gesetzlich festgeschriebenen Maßnahmen zur Klimawende zügig und effizient zu operationalisieren.

1

2

3

4

Konkrete Forderungen**1. Zentrale Beschaffung – landesweite Vergabebündel für klimagerechte Beschaffung**

- Aufbau einer zentralen Beschaffungsstelle des Landes und der Bezirke (Sammelbestellverfahren / Landesbeschaffungsstelle) für alle Senatsverwaltungen und Bezirke für den Einkauf von klimawirksamen Gütern und klimasensitiven Dienstleistungen (kann und sollte auch auf andere Güter und Dienstleistungen erweitert werden).
- Einführung verbindlicher Nachhaltigkeits- und CO₂-Kriterien in allen Vergabeverfahren (Lebenszyklusbetrachtung, Sozialkriterien, faire Arbeitsbedingungen, globale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)).

2. Mehr Autonomie für Bezirke bei Zielen, mehr Verantwortung für Umsetzung

- Einführung eines Rahmens für klimarelevante Zielvorgaben auf Landesebene (z. B. Emissionsrahmen, Flächenziele für Grün/Versickerung, Mobilitätsziele), innerhalb dessen die Bezirke eigenverantwortliche, auf lokale Verhältnisse zugeschnittene Maßnahmen planen und priorisieren, da die Bezirke teils stark unterschiedlichen Herausforderungen gegenüberstehen.
- Bereitstellung eines flexiblen Klimafonds auf Landesebene mit einer klaren Komponente für benachteiligte und stark versiegelte Bezirke (soziale Ausgleichsregelungen).
- Vergabe von Fördermitteln entbürokratisieren, beschleunigen und sicherstellen, dass Geld von der Landes- an die Bezirksebene ohne die Beteiligung externer und teurer Dienstleister (wie etwa bei BENE 2) weitergegeben wird.

3. Organisation: Lösungen vor Prozesse — Fehlerkultur

- 49 und Delegation
- 50 • Kulturelle Neuausrichtung hin zu einer Fehler-
- 51 toleranz, die Pilotieren, Experimentieren und
- 52 schnelles Lernen für Verwaltungsmitarbeitenden ermöglicht.
- 53
- 54 • Führungskräfteverantwortung: Führungs-
- 55 kräfte werden verpflichtet, für innovations-
- 56 freundliche Rahmenbedingungen zu sorgen,
- 57 die Teams Fehler machen und daraus lernen
- 58 zu lassen (Führungskräfte-Trainings, Schutz
- 59 bei berechtigten Versuchen, keine pauschalen
- 60 Sanktionen).
- 61 • Delegation von Entscheidungsbefugnissen an
- 62 Mitarbeitende und Projektteams unter klaren
- 63 Verantwortlichkeitsregeln.
- 64 4. Arbeitsformen: flexibles Arbeiten zur Stärkung der
- 65 Attraktivität und Handlungsfähigkeit
- 66 • Ausbau von Homeoffice-Angeboten und mobi-
- 67 lem Arbeiten, Ergebnisorientierung statt Prä-
- 68 senzkultur.
- 69 • Investitionen in digitale Arbeits- und Kolla-
- 70 borationstools und strukturierte Fortbildungs-
- 71 programme.
- 72 5. Aufbrechen von Silos – bereichsübergreifende
- 73 Teams und Reallabor-Ansätze
- 74 • Einrichtung fachübergreifender Projektteams
- 75 (z. B. Klimaanpassung, Mobilität, Stadtgrün),
- 76 die ressortübergreifend befugt sind, Maßnah-
- 77 men zu planen und umzusetzen.
- 78 • Ausbau von Reallaboren/Experimentierparzel-
- 79 len in Bezirken in Kooperation mit Zivilgesell-
- 80 schaft, Forschung und Wirtschaft.
- 81 6. Verbindliche Beteiligung der Zivilgesellschaft
- 82 • Einführung verbindlicher Beteiligungsstan-
- 83 dards für klimagerechte Projekte (inkl. früh-
- 84 zeitige Information, Community Benefit
- 85 Agreements, Beteiligungsbudgets).
- 86 • Stärkung von Nachbarschaftsaktivitäten und
- 87 Unterstützung lokaler Initiativen, insbesonde-
- 88 re in sozial benachteiligten Gebieten.
- 89 7. Paris als Vorbild nutzen – Benchmarking und Über-
- 90 nahme erfolgreicher Maßnahmen
- 91 • Analyse und Übernahme praxistauglicher
- 92 Maßnahmen aus Paris (z. B. großflächige Ver-
- 93 kehrsberuhigung, Schaffung von Grünachsen,
- 94 Ausweitung des Radnetzes, wassersensible
- 95 Stadtplanung), angepasst an Berliner Rah-
- 96 menbedingungen und soziale Anforderungen.
- 97 • Einrichtung eines „Stadtvergleichs Klima &
- 98 Mobilität“ mit jährlichem Bericht.
- 99 8. Gesetzliche Verankerung
- 100 • Das neue Landesorganisationsgesetz (LOG)
- 101 und begleitende Erlasse müssen:

- die zentrale Beschaffungskompetenz des Landes für bestimmte Leistungsbereiche rechtssicher verankern;
- die Pflicht zur Berücksichtigung klimapolitischer Ziele in Verwaltungsentscheidungen festschreiben;
- die Mitwirkung der Bezirke bei der Zieldefinition und deren Gestaltungsfreiheit sichern.

9. Ressourcen, Personal und Controlling

- Sofortiger Aufbau einer ressortübergreifenden Personaloffensive für Klimaschutz- und Anpassungsaufgaben (Klimateams in Bezirken, Personal für zentrale Beschaffung (kann ggf. aus dem bestehenden Personal der Senatsverwaltungen und Bezirke zusammengezogen werden), Projektmanager für Reallabore).
- Einführung eines klaren Controllingsystems mit Kennzahlen für Umsetzung, Wirkung und sozialer Verträglichkeit.

10. Monitoring, Evaluation und Transparenz

- Jährlicher Bericht des Senats an das Abgeordnetenhaus zur Verwaltungsreform, mit besonderem Augenmerk auf Klimawende, sozialer Wirkung und Verwaltungsleistung.
- Offene Datenplattform mit Umsetzungsstand, Budgets, CO₂-Einsparungen und Beteiligungsprozessen (siehe hierzu das Klimadashboard, welches Friedrichshain-Kreuzberg in Zusammenarbeit mit dem CityLab erstellt hat).

Begründung

Die bereits beschlossenen strukturellen Schritte der Verwaltungsreform sind notwendig. Sie bringen klare Zuständigkeiten und schaffen Grundlagen. Insbesondere das neue Landesorganisationsgesetz, welches das Allgemeine Zuständigkeitsgesetz ablöst, ist eine wichtige Etappe hin zu klareren Zuständigkeiten und einer handlungsfähigeren Verwaltung.

Sie sind aber nur ein Baustein. Um die sozial gerechte Klimawende zu schaffen, braucht es neben klaren Strukturen auch effizientes und lösungsorientiertes Management von Querschnittsaufgaben (z. B. Beschaffung), lokale Freiräume bei der Zielumsetzung, eine moderne Verwaltungskultur, die Lösungen über Prozesse stellt, sowie verbindliche Beteiligung und ausreichend Personal. Hierbei bietet Paris konkrete Beispiele erfolgreicher Maßnahmen, die Berlin adaptieren kann.

Die bereits beschlossenen Maßnahmen der Verwaltungs-

155 reform müssen deshalb ergänzt und vor allen Dingen ope-
156 rationalisiert werden, um die Verwaltung insgesamt funk-
157 tionsfähig zu machen. Sonst kann die notwendige und so-
158 zial gerechte Klimawende in der Hauptstadt nicht erreicht
159 werden. Aus Sicht des sozialen Klimaschutzes fordern wir
160 deshalb die oben genannten Ergänzungen und Konkreti-
161 sierungen zur Verwaltungsreform, die sowohl die gesamt-
162 städtische Steuerung stärken als auch lokale Besonderhei-
163 ten und Beteiligung vor Ort ermöglichen sollen.

164

Durch die Umsetzung dieser Forderung werden Prozess-
kosten gesenkt, schnelleres Verwaltungshandeln struktu-
rell verankert, nachhaltige Lieferketten gefördert sowie
die Stadtgesellschaft gestärkt und eingebunden.

1

2

3

4